

# Afghanische Vertrauenskrise

## Eine kurze Bilanz von fünf Jahren politischem Prozess und Wiederaufbau

Thomas Ruttig

**Alles hatte so hoffnungsvoll angefangen. Am 13. November 2001 zogen sich die Taliban über Nacht fast kampfflos aus Kabul zurück und kurz darauf auch aus ihrer Hochburg Kandahar. Die Kabuler standen auf ihren Hausdächern und sahen zu, wie US-Bomben Häuser trafen, in denen al-Qaida- und Taliban-Kämpfer untergebracht waren. Vor den UN-Büros standen Tausende Lehrer, Ingenieure und Beamte an, die zuvor von den Taliban entlassen worden waren und sich nun für den Neuanfang registrieren lassen wollten.**

Eine übergroße Mehrheit der afghanische Bevölkerung begrüßte das zivile wie militärische Engagement des Auslands: Lieber wollte sie fremde Soldaten im eigenen Land sehen, als erneut der Herrschaft der Milizen ausgeliefert zu sein, die das Land mit ihren Gemetzeln in den Jahren von 1992 bis 1996 für die Übernahme der Taliban erst reif geschossen hatten.

Gespannt blickte man nach Deutschland, wo auf dem Petersberg bei Bonn ein politischer Fahrplan für die Nach-Taliban-Zeit aufgestellt und mit Hamid Karzai ein Interimspräsident bestimmt wurde, der sich in den 90er Jahren nicht in den Fraktionskämpfen der Kriegsfürsten diskreditiert hatte. Auf den Basaren hörte man nun immer wieder den Satz: „Jetzt werden wir endlich wieder ein normales Land.“

Heute hat Afghanistan einen gewählten Präsidenten und ein gewähltes Parlament. Eine neue Verfassung stellt die afghanische Nachkriegsordnung auf die Grundlagen des Islam, aber auch die international akzeptierter Völker- und Menschenrechtsnormen. Die Medien sind so frei wie nie zuvor, Frauen und Mädchen haben wieder Zugang zu Bildung und Beruf, jedenfalls nach dem Gesetz.

Doch die Regierung Karzai steckt in einer tiefen Vertrauenskrise – und mit ihr

die ‚internationale Gemeinschaft‘ überhaupt. Der Ruf der einst so hoffnungsvoll begrüßten ausländischen Soldaten und Entwicklungshelfer hat gelitten. Ein Viertel bis ein Drittel des Landes ist für zivile Helfer zur No-go-Zone geworden, weil dort Taliban und andere regierungsfeindliche Milizen agieren.

### Enttäuschung der Bevölkerung

Ursache dafür ist die tiefe Enttäuschung bei den meisten Afghanen darüber, dass sich trotz des Friedensprozesses ihr Leben seit 2001 nicht wirklich verbessert hat. Die Regierung ist in vielen Regionen überhaupt nicht oder viel zu schwach präsent. Ihre Vertreter sind im besseren Fall ineffizient, im schlechteren Fall korrupt oder kriminell. Die unterbezahlte und unprofessionelle Polizei ist in vielen Provinzen für einen Großteil der Kriminalität selbst verantwortlich – eine Verbrecherbande in Uniform. Gegenüber den weitgehend unveränderten Gerichten gelten die der Taliban mit ihren drakonischen Strafen geradezu als „sauber“. 40 Prozent der Bevölkerung sind nach offiziellen Statistiken arbeitslos. Zugang zum Stromnetz gibt es nur für 6 Prozent der Menschen, 13 Prozent haben sauberes Wasser. Der Energieminister rief die Bevölkerung gerade auf, sich für den Winter mit Kerzen einzudecken.

Der Handel mit Heroin ist zum lukrativsten aller Geschäfte geworden. Mit 6.100 Tonnen Rohopium produzierte Afghanistan in diesem Jahr einen Rekord und lieferte 92 Prozent der weltweiten illegalen Rohopiumproduktion – ungeachtet aller Drogenvernichtungsprogramme, die meist nur auf dem Papier stehen oder durch örtliche Absprachen unterlaufen werden. Drogenhändler haben alle Verwaltungsebenen unterwandert, sitzen in Regierungsämtern und im Parlament. Manche Beobachter sehen Afghanistan schon auf dem Weg zum Narco-Staat, finanziert von der ‚Weltgemeinschaft‘ – denn die Drogenhändler sind oft mit denen identisch, die dem Westen als Verbündete im Kampf gegen die Taliban – und während des Kalten Krieges gegen die Sowjets – zur Seite standen.

Der so genannte Bonner Friedensprozess hat dem Land zwar Regierungsinstitutionen gegeben, aber nicht die in über 25 Jahren entstandenen Gewaltstrukturen beseitigt. Beim Abrücken der Taliban gewährte die US-Regierung entgegen internationaler Absprachen für eine Entmilitarisierung Kabuls für eine erst zu bildende Übergangsregierung, der ehemaligen Mudschaheddin der Nordallianz grünes Licht für den Einzug in die afghanische Hauptstadt. Militärischen Sinn machte das nicht mehr; die Taliban waren ja schon

geflohen, Plünderungen weitestgehend ausgeblieben. Doch es verschaffte der Nordallianz einen ungeheuren politischen Vorteil: Ihre Anhänger übernahmen den Staatsapparat und haben diese Macht bis heute kaum mit anderen politischen Kräften geteilt. Noch immer kontrolliert sie Innenministerium und Geheimdienst. Ihre Hochburg, das Panjshir-Tal, blieb vom japanisch finanzierten Entwaffnungsprogramm DDR unberührt. Dort befinden sich immer noch umfangreiche Waffenlager, zum Teil neu angelegt mit jenen Geldern, die im DDR-Programm an demobilisierte Kämpfer als Reintegrationshilfe ausgezahlt, aber zum Teil von den Demobilisierten an ihre jeweiligen Kommandeure wieder abgeführt werden musste, als erzwungenes Dankeschön dafür, dass sie sie auf die Empfängerliste gesetzt hatten.

Mit ihrem Zugang zu öffentlichen und illegitimen Ressourcen, konsolidierten die Milizen nicht nur ihre politische, sondern auch ihre wirtschaftliche Macht. Drogen- und andere illegale Einkünfte werden in der legalen Wirtschaft in einem Tempo weiß gewaschen, bei dem selbst russischen Oligarchen schwindlig werden würde.

In Bonn selbst wurde auf Druck Washingtons und auf Betreiben des damaligen UN-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi – bei der NATO gegenwärtig wieder im Gespräch, um als politischer Vertreter die verfahrenere Situation zu retten – alternative pro-demokratische Kräfte aus dem Untergrund und dem Exil im letzten Augenblick von der Konferenz ausgeschlossen, obwohl sie eingeladen und sogar schon angereist waren. Ihnen blieb eine Beobachterrolle ohne Zugang zur eigentlichen Tagung – und damit ohne Einfluss auf die politische Gestaltung der Post-Taliban-Zeit. Präsident Karzai, der als erklärter Reformpolitiker eigentlich Verbündete benötigte, ignoriert diese Kräfte bis heute. In einem makabren Zirkelschluss gelangten somit in Kabul all jene wieder an die Macht, die nach dem Abzug der

Sowjets 1992 alle Hoffnungen der Afghanen auf eine Besserung der Lage in Blut ertränkt hatten.

### Militarisierung oder Demilitarisierung?

Die Zahl der Bewaffneten, die nicht zur offiziellen Armee und Polizei gehören, ist auch gegenüber der Vor-DDR-Zeit gleichgeblieben: Die Vereinten Nationen gehen von gegenwärtig etwa 120.000 bis 200.000 Angehörigen so genannter illegaler bewaffneter Gruppen aus – zufällig genau dieselbe Zahl an Kämpfern, die 2001 nach Mudschaheddin-Angaben unter Waffen stand und entweder zeitweilig Sold oder die Demobilisierungs-Abfindungen aus internationalen Hilfsfonds erhielt. „Das Bonner Abkommen wurde schon verletzt, als die Tinte darauf noch nicht trocken war“, resümiert selbst ein früherer Minister Karzais.

Das entscheidende Datum, an dem der afghanische Friedensprozess vollends kippte, war der 10. Juni 2002. Im Kabuler Polytechnikum sollte an diesem Tag die Loya Jirga eröffnet werden, die traditionelle nationale Ratsversammlung. Noch hatten die Afghanen Hoffnung, endlich das politische Schicksal des Landes wieder in die eigenen Hände nehmen zu können. Die dort versammelten 1.600 Delegierten repräsentierten das ganze Spektrum der afghanischen Gesellschaft: Professoren und analphabetische Nomenklatur, selbstbewusste Fernsehansagerinnen und verschleierte junge Frauen, islamistische Ideologen und hoffnungsvolle Demokraten. Einig war sich die Mehrheit in einem: Die Warlords sollten nicht wieder ans Ruder kommen. Als einer von ihnen, der frühere Präsident Burhanuddin Rabbani, auftauchte, um seine Kandidatur zu erklären, schlug ihm so viel Ablehnung entgegen, dass er fluchtartig das Weite suchte.

Überraschend blieb das große Loya-Jirga-Zelt an diesem Nachmittag aber verschlossen. Die Eröffnung sei um einen Tag verlegt, hieß es, organisatorischer Probleme wegen. Tatsächlich aber war Zalmay Khalilzad, der damalige Sonder-

gesandte von US-Präsident George Bush für Afghanistan – derzeit ist er Botschafter in Bagdad – hinter den Kulissen fieberhaft bemüht, bei der Wiederwahl Karzais einen Gegenkandidaten zu verhindern. Dies war der frühere König Muhammad Zaher Schah. Schon 1973 gestürzt, lebte er seither im römischen Exil, galt aber als einzige wirkliche Integrationsfigur. Vor allem die Delegierten aus dem paschtunischen Süden wollten ihn an der Staatsspitze sehen. Aber Khalilzad und die Mudschaheddin waren dagegen. Der Bush-Regierung war der greise Exmonarch suspekt, weil er mehrmals gewagt hatte, ihre Politik zu kritisieren: die Bombardements von Zivilisten in Afghanistan und – schlimmer noch – ihr Vorgehen am Persischen Golf. Die Mudschaheddin hatten schon zuvor mit Putschdrohungen dafür gesorgt, dass Zaher Schah seine Heimkehr mehrmals verschieben musste. In einem Paradebeispiel imperialer Machtpolitik erklärte Khalilzad – und nicht der König selbst – öffentlich dessen Verzicht auf alle öffentlichen Ämter. Solche Manipulationen des afghanischen Friedensprozesses setzten sich fort und untergruben das Vertrauen vieler Afghanen in demokratische Vorgänge. Nicht zuletzt sorgte die mangelhafte Entwaffnung der Milizen dafür, dass die Afghanen bei den Parlamentswahlen 2005 vielerorts sozusagen bei vorgehaltener Waffe abstimmen mussten. Schon vor den Loya Jirgas 2002 und 2003/04 waren unliebsame Kandidaten bedroht und zum Verzicht gezwungen worden.

Insofern ist das Wiedererstarken der Taliban, Ende 2001 geschlagen und tot geglaubt, auch das Resultat einer teilweise fehlgeleiteten Politik der westlichen Staaten, einer mangelnden – und nicht, wie manche meinen, zu sehr forcierten – Demokratisierung der afghanischen Gesellschaft, die sich in der Renaissance bewaffneter Oppositionskräfte ausdrückt.

### Zum Autor

Thomas Ruttig arbeitete von 2000 bis 2003 für die UNO, die EU und die deutsche Botschaft in Afghanistan. Zurzeit ist er Gastwissenschaftler bei der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) in Berlin.